Frankenthaler Zeitung

AKTUELL NOTIERT

Bürgerservice: Bürozeiten bleiben eingeschränkt

Noch einmal verlängert: die eingeschränkten Öffnungszeiten des Bürgerservice im Rathaus. ARCHIVFOTO: BOLTE

Für den Bürgerservice im Rathaus gelten bis Jahresende eingeschränkte Öffnungszeiten. Das hat die Stadtverwaltung Frankenthal am Dienstag mitgeteilt. Ursprünglich sollten die seit Ende September „aus personellen Gründen" zurückgefahrenen Dienststunden am 31. Oktober auslaufen. Weil sich an der Situation aber nichts geändert hat, wurde die Regelung nun ein weiteres Mal verlängert. Die Verwaltung hatte schon Anfang September zunächst an einzelnen Tagen und in einzelnen Wochen die Öffnungszeiten geändert. Der Bürgerservice bleibt laut Stadt vorerst also montags, dienstags und donnerstags über Mittag geschlossen. Geöffnet ist er montags und dienstags, 8 bis 12 und 14 bis 16 Uhr, mittwochs, 8 bis 14 Uhr, donnerstags, 8 bis 12 und 14 bis 18 Uhr (Annahmeschluss: 17.45 Uhr), und freitags, 8 bis 12.30 Uhr. |rhp/örg

Finanzamt: Schott löst Schall an Spitze der Behörde ab

Zum 1. Januar 2020 tritt Christiane Schott das Amt als Vorsteherin im auch für Frankenthal zuständigen Finanzamt Ludwigshafen an. Sie löst Peter Schall ab, der in den Ruhestand geht.

C. Schott. FOTO: MINISTERIUM

Ihre Bestellungsurkunde erhielt die 42-Jährige am Dienstag in Mainz von Finanzministerin Doris Ahnen (SPD). „Ich freue mich, dass die Führungsverantwortung im Finanzamt Ludwigshafen nahtlos in qualifizierte Hände übergeht. Mit Peter Schall scheidet ein kompetenter Fachmann aus dem aktiven Berufsleben aus. Mit Christiane Schott übernimmt eine ebenfalls versierte Führungskraft mit langjähriger Erfahrung die Leitung des Finanzamts", sagte Ahnen. Schott ist als Volljuristin seit 2008 im Dienst der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung tätig, unter anderem beim Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz und als Vorsteherin des Finanzamts Kaiserslautern. Das Finanzamt Ludwigshafen ist mit derzeit 375 Mitarbeitern unter anderem zuständig für die Städte Ludwigshafen und Frankenthal, den Rhein-Pfalz-Kreis, den Landkreis Bad Dürkheim, die Stadt Grünstadt sowie für die Verbandsgemeinde Leinigerland. Das Jahressteueraufkommen im Einzugsbereich des Finanzamtes betrug 2018 fast 1,9 Milliarden Euro. Das Finanzamt Ludwigshafen ist damit hinter Koblenz und Mainz das Finanzamt mit dem größten Steueraufkommen in Rheinland-Pfalz. Mit fast 1,4 Milliarden Euro ist die Lohnsteuer die größte Einnahmequelle. |ier

Autofahrer übersieht Fußgänger: 16-Jähriger schwer verletzt

In Flomersheim ist am Montagmorgen ein 16-Jähriger von einem Auto erfasst und verletzt worden. Wie die Polizei am Dienstag mitteilte, hatte ein 63 Jahre alter Autofahrer den Fußgänger in der Freinsheimer Straße an der Einmündung zur Eppsteiner Straße übersehen. Der 16-Jährige sei von dem Wagen erfasst und zu Boden geschleudert worden. Der junge Mann kam nach Ludwigshafen ins Krankenhaus. Lebensgefahr besteht laut Polizei nicht. |rhp/fkk

SO ERREICHEN SIE UNS

FRANKENTHALER ZEITUNG
Verlag und Geschäftsstelle
Amtsstr. 5 - 11
67059 Ludwigshafen
Telefon: 0621 5902-01
Fax: 0621 5902-240
E-Mail: rhplud@rheinpfalz.de

Abonnement-Service
Telefon: 0621 68557094
Fax: 0621 68557097
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de

Privatanzeigen
Telefon: 0621 68557098
Fax: 0621 68557099
E-Mail: privatanzeigen@rheinpfalz.de

Geschäftsanzeigen
Telefon: 0621 68557267
Fax: 0621 68557268
E-Mail: rhplud@rheinpfalz.de

Lokalredaktion
Glockengasse 12
67227 Frankenthal
Telefon: 06233 3151-21
Fax: 06233 3151-30
E-Mail: redfra@rheinpfalz.de

„Gefährlicher als Bomben und Panzer"

MEINUNG AM MITTWOCH: Ihren Mann, den früheren Danziger Oberbürgermeister Pawel Adamowicz, hat im Januar ein Attentäter – angestachelt von im Internet geschürter Wut und Hass – ermordet. Magdalena Adamowicz (46) engagiert sich seitdem gegen dieses Phänomen. Am Freitag spricht sie beim Bürgerempfang der Stadt. Die RHEINPFALZ hat mit ihr ein schriftliches Interview geführt.

Sie haben John Lennons Song „Imagine" als Inspiration für Ihre Kampagne „Imagine there's no hate" gewählt. Was bedeutet Ihnen dieses Stück und wofür steht es Ihrem Empfinden nach?

Nach den tragischen Ereignissen, die meine Familie im Januar erschüttert haben, brauchte ich eine Pause, musste mich beruhigen, meine Umwelt wechseln. Es quälten mich ständig Fragen, die ich nicht beantworten konnte: Warum ist es passiert, wofür? Auf diese Fragen gibt es keine richtige Antwort. Es gibt jedoch eine Antwort auf die Frage, was ich tun kann, damit sich so eine Situation nicht wiederholt, damit keine weitere Familie diesen unvorstellbaren Schmerz erleben muss. Als ich dann mit all den in meinem Kopf rasenden Fragen am Flughafen saß, hörte ich plötzlich vom Weiten das Lied „Imagine". Es stellte sich heraus, dass einer der Reisenden sich an das Klavier, das im Warteraum des Flughafens steht, gesetzt hatte und zu spielen begann. Reiner Zufall – oder vielleicht doch keiner? Es war eins der Lieblingslieder meines Mannes. Der Text ist tiefsinnig und rührend. John Lennon vermittelt darin eine Botschaft, die Pawel nahe stand: Er wollte die Menschen überzeugen, dass es zwischen ihnen keine Unterschiede gibt. Nationalität, Sprache, Besitz, Religion sind keine Sachen, die uns teilen sollten. Wir sind alle Menschen mit angeborener und unantastbarer Würde. Deshalb sollen wir uns gegenseitig respektieren und an der Welt gemeinsam erfreuen, anstatt sie zu teilen. Das war der entscheidende Moment – der, in dem ich verstanden habe, dass ich vielleicht kein Lied komponieren werde, das die ganze Welt kennt, dafür aber einen anderen Weg finden kann, die Menschen zu ermutigen, den Hass in der Welt zu stoppen. Paweł überzeugte immer mit Argumenten, mit seiner Güte und Offenheit. Niemals mit Verboten und Befehlen. Deshalb ist meine Botschaft eine positive. Bewusst gibt es darin kein „Stop" und auch kein „No". Dafür eine einfache Bitte, sich die Welt ohne Hass vorzustellen. Und die Vorstellungskraft kann alles.

Der Hass gegenüber politisch Andersdenkenden, der die polnische Gesellschaft ähnlich der deutschen derzeit tief spaltet, hat Ihren Mann das Leben gekostet. Sie hätten insofern jedes Recht, wütend und verbittert zu sein. Stattdessen setzen Sie sich sehr besonnen mit dem Thema Hassrede auseinander. Warum?

Ich denke, dass mein tiefer Glaube es mir ermöglicht, keinen Hass und keine Wut zu empfinden. Rational gesehen haben sie auch keinen Sinn: Verbitterung kann die Zeit nicht zurückdrehen, die Situation und die Einstellung der Politiker oder anderer Menschen nicht verändern. Deshalb ist positives Handeln für mich ganz natürlich. Nur das gibt dem Bösen, das wir erfahren haben, einen Sinn. Familie, Freunde und meine wunderbaren Töchter geben mir Kraft. Am eigenen Leibe habe ich die Weisheit aus dem Brief des Paulus an die Römer erfahren: „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem." Die Konzentration auf die Entwicklung eines positiven Programms, auf die Lösung des Problems der Hasssprache, gibt mir Kraft, Entschlossenheit und das Gefühl, einen neuen Lebenssinn gefunden zu haben. Dadurch empfinde ich auch keinen Hass dem Menschen gegenüber, der Pawel tötete. Ich will ihn sogar nicht als Mörder bezeichnen. Ich habe ein Ziel und ich weiß, dass es ein guter Weg ist. Darin bestätigen mich die Reaktionen der Menschen, von denen ich täglich viele Nachrichten, Kommentare und Unterstützung bekomme.

Bei den Parlamentswahlen am 13. Oktober haben die nationalkonservativen Kräfte gewonnen. Wie beurteilen Sie die aktuelle politische Lage in Ihrer Heimat Polen?

Die heutige Situation in Polen ist schwierig. Die Regierung darf nicht nach dem Motto „Teile und regiere" handeln, während ich seit einigen Jahren Familien treffe, die selbst zu Weihnachten nicht fähig sind, sich aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen Ansichten an einen Tisch zu setzen. Wir müssen mit dem Problem fehlender Sprachkultur in der öffentlichen Debatte fertig werden. Die Grenze zwischen der Meinungsfreiheit, die für uns alle als unbestrittenes Fundament der Demokratie gilt, und der Hassrede verläuft dort, wo Schmerz und Leid beginnen, wo das Ziel der Redner ist, den anderen zu entwürdigen, ihn zu demütigen, ihm Schmerz zuzufügen. In der Politik und in der Demokratie sind Kritik und gar Streit sehr wichtig. Aber ihr Ziel muss dabei die Lösung des jeweiligen Problems sein. Von den Politikern sollten wir verlangen, uns Argumente zu nennen. Die Politiker müssen es endlich verstehen, dass die Messerspitze auf das Problem und nicht auf den Menschen gerichtet werden soll – weil aus einem Wort eine Tat werden kann. Die Wahlen hat die Regierungspartei gewonnen – eine populistische und nationalistische Partei. Das, was mir und sicher auch vielen Demokraten in Polen Kraft gibt, ist die Tatsache, dass es rund eine Million mehr Stimmen für die prodemokratischen Kräfte gegeben hat als für die Regierungspartei. Eine große Aufgabe ist es also, nicht nur die demokratische Opposition zu vereinigen, sondern vor allem ein glaubwürdiges, starkes und progressives Programm anzubieten. Und am wichtigsten: sich gegenseitig davon überzeugen, dass es kein wohlhabendes Polen ohne ein rechtsstaatliches Polen geben kann.

Es scheint, als seien gerade im Internet jegliche Hemmungen in der Debatte gefallen. Ihre Initiative für ein europaweit gültiges Gesetz gegen Hasstiraden im Internet soll das ändern. Wie gut sind die Erfolgsaussichten dafür?

Das Handeln der Europäischen Union ist heute nicht ausreichend. Das geltende EU-Recht aus dem Jahr 2008 und die Empfehlungen des Europarats beschränken die Interpretation der Hassreden auf Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, den aggressiven Nationalismus und Ethnozentrismus, Diskriminierung und Feindlichkeit gegenüber Minderheiten, Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund. Als Antwort auf die im Internet verbreiteten rassistischen und fremdenfeindlichen Hassreden stellte die Europäische Kommission zusammen mit den vier größten Unternehmen der IT-Branche (Facebook, Microsoft, Twitter und YouTube) im Mai 2016 einen Verhaltenskodex zur Bekämpfung der Verbreitung von illegaler Online-Hetze vor, ein Jahr später verabschiedete sie eine Mitteilung an die Internetplattformanbieter mit Richtlinien zur Meldepflicht von illegalen Inhalten im Internet und 2018 gab sie eine Empfehlung für wirksame Maßnahmen im Umgang mit illegalen Online-Inhalten heraus. Inzwischen sind wir alle von Hassreden betroffen. Deshalb müssen neue Gesetze verabschiedet werden, die das Problem benennen, aber auch Grenzen und Konsequenzen bestimmen, wenn man gegen sie verstößt. Am wichtigsten ist jedoch aus meiner Sicht das Bewusstsein, wie viel Böses Hassreden anrichten können. Deshalb sind Bildung, Kultur und Sensibilisierung entscheidend. Es gibt viele Ausdrücke von Hass, im Internet und im realen Leben. Beleidigende, rüpelhafte Kommentare, aber auch Aufmärsche werden immer öfter veranstaltet. Es melden sich in Europa immer mehr nationalistische Gruppen zu Wort. Selbst im Europäischen Parlament haben sie ihre Vertreter. Es fehlt aber an Rechtsmitteln und an Entschlossenheit, die öffentliche Debatte zu reinigen. Denken wir doch daran, dass Verbrechen oft aufgrund eines bösen Wortes begangen werden.

Sie sind promovierte Juristin. Wie schwierig ist es aus Ihrer fachlichen Perspektive, ein solches Gesetz zu formulieren und dann auch durchzusetzen?

Wir müssen immer daran denken, dass wir hier Europarecht schaffen wollen. Der Prozess ist kompliziert und erfordert viel Beratung, was bei all den Nationalitäten und somit auch verschiedenen Rechtssystemen besonders schwierig erscheint. Seit dem Beginn meiner Amtszeit arbeite ich an der Einführung eines breiten EU-Aktionsprogramms, vielleicht lässt es sich sogar in eine komplexe EU-Politik gegen gezielte Lügen, Hetze und Hassreden umwandeln – in jedem Lebensbereich. Ich beabsichtige, mit Internetdiensten und Verfassern von Inhalten an der Stärkung des Bewusstseins und der Verantwortung zu arbeiten. Die Unternehmen müssen entschlossener und schneller auf die Verbreitung von Hass reagieren. Das Wichtigste ist es im Moment, der europäischen Gesellschaft bewusst zu machen, welch große Gefahr Hassreden bergen. Und wenn jemand trotz dieses Bewusstseins und der Vorwarnung die vom Gesetz bestimmten Grenzen überschreitet, dann muss das Rechtssystem konsequent handeln. Mein Ziel ist es, solche Normen auf der europäischen Ebene auszuarbeiten, die in die Rechtssysteme der Mitgliedsstaaten integriert werden, und konkrete Rechtsmittel zu schaffen. Es muss insofern eine europäische Debatte darüber geführt werden, wie wir die Antidiskriminierungsgesetze aktualisieren und die damit verbundenen Phänomene juristisch definieren können.

Sie kommen aus Danzig, genauso wie Frankenthals Partnerstadt Sopot eine Hochburg der polnischen Opposition. Woher rührt die Haltung der Menschen dort?

Danzig war schon immer die Stadt der Gleichberechtigung, der Toleranz und vereint in seiner Vielfalt. Vom Beginn seines Bestehens an war es ein Ort, an dem die sich dort kreuzenden Handelswege dafür sorgten, dass sich ständig Menschen aus aller Welt trafen. Die Danziger zeichneten sich immer durch unterschiedliche Verhaltensweisen, Sprachen und Glaubensbekenntnisse aus. Obwohl lange Zeit Deutsch die dominierende Sprache war, später war es Polnisch, so war doch Danzig immer multikulturell. Noch später wurde Danzig die Wiege des Kampfs um die polnische Demokratie. Bis heute spürt man in unserer Region die Atmosphäre der Freiheit und der Solidarität, die in der Luft schwebt. Ich denke, dass die Menschen in Danzig und Sopot die Ideale und die Lebensweise der früheren Generationen, die hier lebten, weiterhin ganz fest in sich tragen. Es sind wunderbare und offene Menschen, die Freiheit und Solidarität über alles schätzen.

Welche Botschaft bringen Sie am Freitag mit in die Pfalz?

An die versammelten Gäste möchte ich mich nicht so sehr mit einer Botschaft denn mit einer Bitte wenden. Vor einiger Zeit habe ich dem größten Gespenst der heutigen Politik, der größten Gefahr für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit – dem Hass – den Kampf erklärt. Ich will alle um Hilfe bitten, dass wir uns alle Hand in Hand gegen das Böse stellen. Ich will um gemeinsame Bemühungen bitten, die sich verbreitenden Hassreden, Fake News und zwischenmenschlichen Beeinflussungen zu stoppen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass Hassreden gefährlicher sind als Bomben und Panzer. Die feindseligen Reden können unser Europa von innen zerstören. Ich möchte, dass möglichst viele Menschen begreifen, dass Veränderungen in uns selbst beginnen, in unseren Kommentaren, Kritiken und Sticheleien, die wir an manche Menschen abschicken. Lasst uns doch einen neuen Eigenschaftskanon für den Bürger Europas schaffen, der den Herausforderungen der virtuellen Welt gewachsen ist, der sich seiner Wahl und der Kraft seiner Stimme bewusst ist, der sich der Propaganda und den falschen Nachrichten nicht ergibt, der voller Achtung und Toleranz dem anderen Menschen gegenüber steht, der das Gesetz achtet, der nach einer Debatte, die auf Fakten, Wissen und Erfahrung basiert, konsensfähig ist. So ein Mensch kann jeder von uns werden.

| INTERVIEW: JÖRG SCHMIHING/ÜBERSETZUNG AUS DEM POLNISCHEN INS DEUTSCHE: ANDREAS KASPERSKI (DANZIG)

ZUR PERSON

Magdalena Adamowicz

Den Entschluss, sich politisch zu engagieren, fasst die Juristin Magdalena Adamowicz (46) im März dieses Jahres – kurz nachdem ihr Mann Pawel, mehr als 20 Jahre Stadtpräsident Danzigs und in dieser Rolle eine Symbolfigur der liberalen Kräfte in Polen, im Januar 2019 von einem Angreifer bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung niedergestochen wurde. Der Täter: ein Ex-Häftling, der nach bisherigen Erkenntnissen stark beeinflusst war von politischen Angriffen und Hasstiraden gegen Adamowicz. Seine Witwe Magdalena kandidiert im März als Parteilose auf der Liste der Europäischen Koalition, der zahlreiche frühere polnische Spitzenpolitiker angehören, für das EU-Parlament und schafft den Sprung nach Brüssel und Straßburg. Die Mutter zweier Töchter – Jahrgang 2003 und 2010 – ist Mitglied der Fraktion der christdemokratisch orientierten Europäischen Volkspartei (EVP). Ihr großes Thema ist der Kampf gegen die Verbreitung von sogenannter Hatespeech (Hasssprache) im Internet und gegen die Spaltung der polnischen Gesellschaft. Magdalena Adamowicz wuchs in Słupsk (Pommern) auf, besuchte dort das Lyceum und studierte später Rechtswissenschaften an den Universitäten Danzig, Bonn und Cambridge. |örg

Seit Mai Mitglied des Europäischen Parlaments: die Juristin Magdalena Adamowicz. FOTO: PIOTR POLOCZANSKI/STADT FRANKENTHAL/FREI

Das tödliche Attentat auf den Danziger Oberbürgermeister Pawel Adamowicz erschütterte im Januar ganz Polen. FOTO: DPA

TERMIN

Bürgerempfang der Stadt

Der Bürgerempfang der Stadt am Freitag, 25. Oktober, 19 Uhr, im Congress-Forum Frankenthal, Stephan-Cosacchi-Platz 5, steht nach Wunsch der Verwaltung mit seinem Motto „Für Toleranz und Weltoffenheit" im Zeichen der jüngsten politischen Entwicklungen in Europa und im Nachbarland Polen. Ehrengast und Rednerin des Abends ist Magdalena Adamowicz. Für die Veranstaltung, zu der alle Bürger eingeladen sind, gibt es noch kostenfreie Eintrittskarten. Sie sind bis Freitag, 12.30 Uhr, im Bürgerservice im Rathaus zu bekommen, teilt die Stadt mit. Aus Frankenthals polnischer Partnerstadt Sopot sind beim Bürgerempfang Stadtpräsident Jacek Karnowski, Ratsmitglied Tomasz Lipinski und die in der Sopoter Verwaltung für Städtepartnerschaften zuständige Katarzyna Choczaj zu Gast. Orchester und Popchor der Städtischen Musikschule präsentieren gemeinsam mit Solisten aus dem Theater Alte Werkstatt vier Szenen aus dem Jubiläumsmusical „Frankenthaler Geschichte(n)". | rhp/örg